

[View this email in your browser](#)

Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

Woche drei des neuen Jahres ist bereits wieder Geschichte. Für alle, denen ich noch nicht persönlich begegnet bin, möge es ein gutes, hoffnungsvolles und gesundes neues Jahr werden!

Zumindest startete das Jahr sehr kraftvoll, denn gefühlt hat sich der gesamte ländliche Raum in Berlin versammelt. Und wir sind viele! Denn die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung nimmt immer größere Ausmaße an. Gegen Widerstand und Protest – nicht nur der Landwirte – setzt die Ampel ihre Politik jedoch rigoros durch. Die Koalition schafft es mit allen weiterhin nicht nachvollziehbaren Aktionen generell, das Ansehen des Rechtsstaates zu beschädigen und die Menschen den Populisten in die Arme zu treiben. Die Demonstrationen der Landwirte, des Transportgewerbes und des Mittelstandes sind in der Summe ein Protest des gesamten ländlichen Raumes und Ausdruck einer immer größer werdenden Unzufriedenheit und aufgestauten Frusts.

Die Spannweite der Themen war wieder sehr groß. Von der Forderung nach einer unverzüglichen Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern an die Ukraine bis hin zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts war viel dabei.

Und wir hielten inne. Unser früherer Bundestagspräsident und Kollege Dr. Wolfgang Schäuble verstarb für uns alle überraschend am 26.12.23. Mit einer Schweigeminute gedachten wir einem großen Staatsmann. Mir wird vor allem seine beständig mahnende und doch positive Einstellung zu den Dingen im Gedächtnis bleiben. Sein Zitat "große Krisen sind große Chancen" beschreibt das sehr gut und diese Chancen dürfen wir erkennen und herausarbeiten. Wir haben es alle nötig!

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Vieregge



LANDWIRTE UNTERSTÜTZEN STATT RUINIEREN

Die Ampel muss die geplanten Steuererhöhungen für die Landwirtschaft zunächst vollständig zurückziehen. Die Landwirtschaft erwartet aber nicht nur die komplette Zurücknahme der inakzeptablen finanziellen Mehrbelastungen, die die Bundesregierung den Bauern aufbürdet. Vielmehr erwartet sie zu Recht eine grundsätzlich andere Agrarpolitik. Dazu braucht es ganz grundlegend eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte. Entfesselung, Innovationen und Investitionen sind der Dreiklang unserer Agrarpolitik. Es braucht endlich ein Bewusstsein dafür, dass jede Regulierung, jede Vorschrift und jede Auflage mit einschneidenden Konsequenzen für die tägliche harte Arbeit unserer Landwirte verbunden ist. Es braucht ein Belastungsmoratorium für landwirtschaftliche Betriebe. Tierhalter benötigen Planungssicherheit auf der Grundlage des Borchert-Plans für mehr Tierwohl. Wir wollen, dass auch die kommenden Generationen gute Gründe haben, in der Landwirtschaft tätig zu sein.

[Mehr dazu...](#)



BUNDESHAUSHALT 2024 - KOMMT ER NUN DOCH?

Das gesamte Haushaltsverfahren setzt negative Maßstäbe in bisher nie dagewesener Form. Vier Bereinigungsvorlagen, wovon die letzte einen Tag vor der 2. Bereinigungssitzung gekommen ist, zusammen mit rd. 1000 Änderungen inkl. der Koalitionsanträge zeigen die ganze Absurdität. Das gesamte Haushaltskonstrukt ist so unsolid, dass man es hätte komplett neu aufsetzen müssen. Ein valides Zahlenwerk als Grundlage ist jedoch Fehlanzeige. Änderungen wurden im Tagesrhythmus vorgenommen. Das ganze Verfahren ist eine Farce. Es ist unseriös und ungeordnet, weshalb wir uns im Rahmen der Bereinigungssitzungen nur auf die Einbringung von Anträgen als sogenannte Maßgabebeschlüsse beschränkt und keine weiteren Haushaltsanträge eingebracht haben.

Neben dem Verfahren sticht besonders das Potpourri von Belastungen für Bürger und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe heraus: Erhöhung der Lkw-Maut, höherer CO2-Preis, Agrardieselstreichung, Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas; Plastikabgabe und höhere Luftverkehrssteuer. Gleichzeitig sind die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung gestiegen. Der Haushalt 2024 vermittelt keine Aufbruchstimmung, er sorgt eher für Frust und Angst um die eigene Existenz. Eine verlässliche, stringente Politik ist aus dem Haushalt 2024 nicht erkennbar. Es scheint, als habe die Ampel den Überblick verloren und möchte das Verfahren nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ einfach nur noch abschließen. So schafft die Ampel kein Vertrauen in der Bevölkerung, sondern trägt weiter zur Verunsicherung bei.

Die führenden Mitglieder der Bundesregierung agieren aber weiter wie „Traumtänzer“. Der Bundeskanzler träumt noch immer von einem deutschen Wirtschaftswunder, der Wirtschaftsminister von einer grünen Transformation zum Nulltarif und der Finanzminister von soliden Haushalten. Dieses „Traumtänzertrio“ sollte sofort aufwachen, ansonsten wird ihre Politik mehr und mehr zum Albtraum für Bürger und Unternehmen. Deutschland benötigt endlich eine kluge und vorausschauende Politik. Es bedarf einer wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und finanzpolitischen Kurskorrektur.



FÜR EINE VERBESSERTE RÜCKFÜHRUNG

330.000 Asylsuchende sind 2023 nach Deutschland gekommen – eine Zunahme der Antragszahlen um über 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das ist ein Umfang von drei Großstädten, die in unser Land eingewandert sind und die unsere Kommunen aufnehmen und versorgen müssen. Nur etwas mehr als die Hälfte der Personen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, erhalten allerdings auch einen Schutzstatus bei uns. Wer das Asylsystem ohne Schutzgrund als Zugang nach Deutschland missbraucht, muss so schnell wie möglich in sein Heimatland zurückkehren. Deutschland schafft es aber nicht im Ansatz, Rückführungen im erforderlichen Umfang durchzuführen. Daher ist es überfällig, dass die Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rückführung vorlegt. Viele der darin enthaltenen Regelungen hatten CDU und CSU bereits 2019 gefordert, die Vorschläge waren allerdings noch am damaligen Koalitionspartner SPD gescheitert. Ein Großteil der jetzt eingebrachten Regelungen lag zudem bereits im April 2023 (als Ergebnis der Bund-Länder-Arbeitsgruppe) vor und wurde am 10. Mai 2023 auf dem Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt beschlossen. Es ist in der aktuellen Migrationskrise inakzeptabel, dass die Bundesregierung so lange für die Umsetzung längt getroffener Beschlüsse braucht. Die Maßnahmen im Gesetzentwurf werden dennoch bei weitem nicht ausreichen, um die Anzahl der Rückführungen im ausreichenden Umfang zu steigern. Bemerkenswert ist zudem, dass „auf den letzten Metern“ durch die Grünen noch Punkte in den Gesetzentwurf hereinverhandelt wurden, welche die positive Wirkung des Entwurfs weitgehend wieder aufheben: So soll der Staat verpflichtet werden, jedem Ausreisepflichtigen für das Verfahren einen anwaltlichen Vertreter beizuordnen. Das konterkariert das Ziel, Rückführungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen. Hingegen begrüßen wir, dass die Koalition mit diesem Gesetzentwurf auch einer Forderung der Union nachkommen und die Wartefrist für Analogleistungen – also die Anpassung der Asylbewerberleistungen auf das Bürgergeld-Niveau – in Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz von November – auf 36 Monate verlängert. Darüber hinaus werden Änderungen zur erleichterten Arbeitsaufnahme

abgelehnte Asylsuchende (sog. Geduldete) umgesetzt.

[Mehr dazu...](#)



UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE MIT MUNITION UND TAURUS-MARSCHFLUGKÖRPERN

Der Deutsche Bundestag hat am 28. April 2022 mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen den Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (Drs. 20/1550) gefasst. In diesem Beschluss forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und zu intensivieren. Während die Lieferung von Großgerät einschließlich erster Munitionspakete der Ukraine zu Erfolgen und Geländegewinnen verhalf, droht ihr nun zunehmend die Munition für die gelieferten Waffen auszugehen. Die EU-Staaten haben sich in Anbetracht dieser dramatischen Lage unter Zustimmung Deutschlands darauf geeinigt, der Ukraine innerhalb von 12 Monaten eine Million Schuss Artilleriemunition bereitzustellen. Seitdem ist von deutscher Seite die notwendige substanzielle Steigerung der Lieferung aus bestehenden Rahmenverträgen oder über europäische Beschaffungsprojekte – entgegen den Aussagen des Bundesministers für Verteidigung im März 2023 – ausgeblieben. Die Munitionsbestände der Bundeswehr sind nicht ausreichend und von der NATO-Vorgabe des 30-Tage-Vorrats sehr weit entfernt. Sie befinden sich auf einem bedrohlich niedrigen Niveau. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, endlich wirksame Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken und die Produktion und Lieferung von Munition nachhaltig hochzufahren.

Die Ukraine muss den Krieg gegen Russland gewinnen. Angesichts der prekären militärischen Lage der Ukraine müssen die Anstrengungen zur Ausrüstung der Ukraine sofort deutlich verstärkt werden. Dazu zählt eine unverzügliche Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ TAURUS aus Beständen der Bundeswehr. Parallel hierzu muss eine Nachbeschaffung des abgegebenen Materials eingeleitet werden. Mit unserem Antrag zwingen wir die Ampel dazu, zur Frage einer TAURUS-

Lieferung endlich Farbe zu bekennen. Die Koalition muss nun zeigen, wie ernst sie es mit der Unterstützung der Ukraine meint.

[Mehr dazu...](#)



ERSTES VETERANENBÜRO ERÖFFNET

Gute Nachrichten für unsere Veteranen: Gestern wurde das Veteranenbüro im Herzen von Berlin eröffnet! Dieses Büro soll nun als zentrale Anlaufstelle für all die mutigen Menschen, die unserem Land gedient haben, fungieren.

Als CDU/CSU-Fraktion freuen wir uns über diesen Schritt. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, diejenigen zu unterstützen, die sich für Deutschland eingesetzt haben. Mit dem Veteranenbüro wird ein sichtbares Zeichen der Anerkennung und des Dankes für ihren wertvollen Dienst gesetzt.

Unser Ziel ist es, unseren Veteranen nicht nur die verdiente Hilfe und Anerkennung zu bieten, sondern auch kontinuierlich an der Verbesserung ihrer Unterstützung zu arbeiten. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber unsere Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass unsere Veteranen die gesellschaftliche Anerkennung erfahren, die sie für ihren Dienst verdienen.



RADFAHREN IST SPORT, NATURERLEBNIS UND GESUNDHEITSPRÄVENTION ZUGLEICH

Beim Parlamentarischen Abend des Bike Nature Movement ging's um das Fahrrad als Allroundtalent. Aber auch hier gibt es aktuell viel Gesprächsbedarf, vor allem um die bevorstehende Novellierung des Bundeswaldgesetzes, die nach rund 50 Jahren vorgenommen wird. Der aktuelle Referentenentwurf könnte erhebliche Auswirkungen auf die Bewegungsfreiheit im Wald, insbesondere für Radfahrende, haben. Diese Entwicklung betrifft nicht nur erholungssuchende Radfahrende, sondern auch den Radtourismus und den Alltagsradverkehr. Das Radfahren im Wald ist ein zutiefst bürgerliches Thema, da 75% der Deutschen Fahrrad fahren. Über 62 Millionen Menschen in Deutschland suchen Erholung im Wald, und etwa 16 Millionen geben an, regelmäßig mit dem Mountainbike zu fahren. Die Beziehung zum Wald, gepaart mit sportlicher Betätigung, fördert Naturverständnis und Respekt vor der Umwelt, besonders bei jungen Menschen. Die Bedeutung des Radtourismus für die Wirtschaft, insbesondere in den Mittelgebirgsregionen, darf nicht unterschätzt werden. Radfahren trägt zur Gesundheitsförderung bei, was angesichts zunehmender Bewegungsmängel in der Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Novellierung des Bundeswaldgesetzes die Bedürfnisse der Bürger, den Naturschutz und die Förderung von Bewegung im Einklang bringt.



NIX WAR'S MIT DEM KLIMAGELD

- * Vor 2 Jahren: die Ampel verspricht das Klimageld zum Ausgleich steigender Energiepreise (Koalitionsvertrag, S. 49).
 - * Vor 2 Wochen: der CO₂-Preis steigt von 30 auf 45 Euro. So verteuert die Ampel Güter, Heizen, Tanken, belastet Verbraucher, besonders im ländlichen Raum, der vom Auto abhängt und wo die meisten Wohnungen mit Öl beheizt werden. Genau hier soll, kann und muss das Klimageld – endlich! – für sozialen Ausgleich sorgen!
 - * Vor 2 Tagen: Die Ampel erteilt dem Klimageld eine Absage. Weil mit den Mehreinnahmen aus der CO₂-Abgabe Wärmepumpen gefördert werden, gibt es keinen Sozialausgleich.
- Versprochen – gebrochen! Auf der Strecke bleiben die Bürger, gerade im ländlichen Raum!

Jetzt kündigt die Ampel die Auszahlung des Klimageldes ab 2027 an.
Schon wieder ein Versprechen?

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



SOZIALE INFRASTRUKTUR IN GEFAHR

Die Wohlfahrtsverbände in Lippe, NRW und im Bund schlagen Alarm. Sie sehen angesichts angedrohter Sparmaßnahmen und zugleich hoher Kostensteigerungen die soziale Infrastruktur in Gefahr. Dass die Ampel bis heute noch keinen Haushalt 2024 vorgelegt hat, sorgt für Planungsunsicherheit auch bei den Verbänden in Lippe und lähmt die Arbeit. Mit jedem Tag wächst die Sorge, soziale Angebote einstellen zu müssen. Katrin Büker ist Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Lippe. Sie macht sich stark für eine Finanzausstattung, die das gemeinnützige Wirken, das gerade in heutiger Zeit wichtiger denn je ist, auch künftig ermöglicht. Ob und wie das gelingt, hängt allein davon ab, welche Prioritäten die Ampel für 2024 setzt. Etwa beim Klimaschutz, beim Bürgergeld oder bei der Kindergrundsicherung. Diese allein erfordert rund 5.500 zusätzliche Stellen und damit Millionen an Extrakosten, die anderswo eingespart werden müssen. Es geht einfach nicht mehr alles!



RICHTFEST AN DER TH OWL

Ich freue mich über einen Ort, der Raum für neue Gedanken schafft und die Gestaltung einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Zukunft vorantreibt. Die TH OWL entwickelt sich kontinuierlich weiter, und die beste Zusammenarbeit aller Beteiligten hat uns bis heute hierhin gebracht. Bildung wird immer einen Raum brauchen, und heute feiern wir das Richtfest für zwei neue Laborgebäude (Life Science Technologies, Elektrotechnik und Maschinenbau) an der TH OWL, in Anwesenheit von Ministerin Gonca Türkeli-Dehnert.



ZU GAST IM eeWERK

Die in Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderung wünschen sich ein auskömmliches Entgeltsystem. Doch statt die Einkommenssituation zu verbessern, werden mit den jetzt öffentlich gewordenen Plänen des BMAS funktionierende Strukturen zerschlagen. Den Beschäftigten macht das Angst und die Werkstatträte sind bundesweit in Sorge, dass besonders leistungsschwächere Menschen durchs Raster fallen. Verunsicherung und Enttäuschung sind auch deshalb so groß, weil die Betroffenen gar nicht eingebunden waren.

Ich teile diese Sorgen. Und ich empfehle jedem, der über die Zukunft der Werkstätten für behinderte Menschen entscheiden und sie mitgestalten will, einen Besuch dort. Im eeWerk der Stiftung Eben-Ezer habe ich den Arbeitsalltag kennengelernt. Hier leistet jeder nach seinen individuellen Möglichkeiten wertschöpfende Arbeit. Hier wird Selbstvertrauen gestärkt und persönliche Entwicklung gefördert. Und wer sich stark genug dafür fühlt, kann in den ersten Arbeitsmarkt wechseln.

Inklusion heißt nicht, Menschen mit Behinderung per Verordnung dem Druck des freien Arbeitsmarktes auszusetzen. Inklusion heißt, die betroffenen Menschen an der Gestaltung ihrer eigenen Lebenssituation zu beteiligen!

Ich danke Philipp Damm, Rolf Schmidt und Desiree Starck vom Werkstattrat eeWerk für die Einladung, das gute Gespräch und die gewonnenen Erkenntnisse. Ich nehme ihre Sorgen mit nach Berlin.



FÜR UNSERE SICHERHEIT

Ob in der Wirtschaft, beim Fußball oder auf dem Weihnachtsmarkt: ohne Security läuft heute nichts mehr. Ein Job in diesem Bereich ist anspruchsvoll und wer dabei sein will, wird gründlich behördlich überprüft und umfassend geschult – Umgang mit Menschen, Recht, Deeskalationsstrategien, Sicherheitstechnik, Alarmanlagen u.v.m. Firmenchef Walid Omairat legt großen Wert auf beste Ausbildung und Qualifizierung in seinem zertifizierten Meisterbetrieb WOS-Sicherheit. In Lage/Lippe hat er vor einigen Monaten neue Büroräume bezogen und koordiniert von hier aus seine Einsatzteams deutschlandweit. Ihre Aufgaben sind vielfältig und decken ein beachtliches Spektrum ab, das die Baustellenüberwachung ebenso umfasst wie die Planung und Umsetzung von Sicherheitskonzepten bei Großveranstaltungen – und zwar rund um die Uhr, denn: Sicherheit kennt keinen Feierabend. Danke für den spannenden Austausch!



IN DER PFLEGE HERRSCHT HANDLUNGSDRUCK

Dr. Bodo de Vries und Elisabeth Klennert vom Ev. Johanneswerk fordern, das Thema Pflege ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen und u.a. Projekte zur sektorenübergreifenden Pflege, zu integrativen Konzepten oder Quartiersarbeit zu intensivieren. Ausführlich haben wir die in ganz Deutschland sehr ernste Lage diskutiert und ich bedanke mich für den erkenntnisreichen Austausch.

Er zeigt einmal mehr: In der Pflege herrscht Handlungsdruck! Die steigende Zahl an Pflegebedürftigen, Personalmangel, explodierende Kosten, unzureichende Refinanzierungen bringen Pflegekräfte und -einrichtungen an ihre Leistungsgrenzen. Was sind die Folgen? Und was passiert, wenn nichts passiert? Das sind die Fragen, die keinen Aufschub dulden.

Mit dem Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“ wollen wir deshalb als Opposition Lösungsvorschläge aufzeigen, die die Bundesregierung vermissen lässt. Das von der Ampel beschlossene Pflegeunterstützungs- und Pflegeentlastungsgesetz verschiebt die Probleme lediglich in die Zukunft – zu Lasten von Pflegekräften, Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen und Pflegeeinrichtungen. Das können und dürfen wir uns nicht leisten! Das, was das medizinische und pflegerische Personal sowie alle pflegenden Angehörigen an Arbeit bewältigen, ist nicht allein mit Dank und Anerkennung aufzuwiegen!

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den [Wahlkreis 135](#) und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen [über mich](#), meine [Arbeit in Berlin](#) und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsleterversand?

Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

